

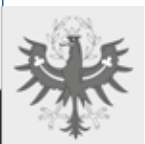


LH Platter eröffnet SOS Kinderdorf in Nepal

Die EU – Weltweit führend in humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Die Europäische Union bringt über die Hälfte der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf. Sie setzt sich dabei besonders für nachhaltige Entwicklung, weltweite Armutsbekämpfung, eine sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung, Umweltschutz und Friedenssicherung ein, betont die Partnerschaft mit den Ländern des Südens und die Bedeutung der Menschenrechte.

Die vollständige Umsetzung der Millenniumsziele und ein Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Ärmsten dieser Welt wurden leider aber noch nicht erreicht. ■





Ich bin der Meinung

Landeshauptmann Günther Platter

Liebe Tirolerinnen und Tiroler!

Es ist gute Tiroler Tradition, Menschen in Not zu helfen, auch dann, wenn wir uns selbst in wirtschaftlich unruhigen Zeiten befinden. Tirol musste im Laufe der Geschichte viele Naturkatastrophen erleiden: Muren, Überschwemmungen und Lawinen haben ganze Orte und Talschaften zerstört. Wir wissen aus eigener leidvoller Erfahrung, wie wichtig rasche und unbürokratische Hilfe ist, um die Betroffenen mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen.

Besonders hart sind immer die Kinder betroffen. Hunger, fehlende medizinische Betreuung, womöglich noch der Verlust der Eltern trifft sie ganz besonders. Das ist mit ein Grund, weshalb wir uns mit mehreren Hilfsprojekten auf schutzbedürftige Kinder konzentrieren. Heuer konnte mit Unterstützung des Landes ein Kinderdorf in Nepal eröffnet werden. In Haiti haben wir mit einem maßgeblichen Beitrag ebenfalls den Aufbau eines Kinderdorfes gefördert.

Wir können den Kindern aber nur dann wirklich helfen, wenn wir ihre Mütter stärken. In von Gewalt und Not geplagten Regionen sind häufig Frauen die Stützen der Gesellschaft, deshalb sind Gleichberechtigung und Frauen-empowerment wichtige Ziele der Tiroler Entwicklungszusammenarbeit.

Gerade im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dürfen wir auf viele engagierte private Einrichtungen, aber auch EinzelkämpferInnen stolz sein, die mit großem persönlichem Einsatz den Ärmsten helfen. Dabei geht nicht immer nur um finanzielle Unterstützung. Wir verfügen auch über ausgezeichnete Fachleute, die etwa in den Civil Protection Teams der EU im Einsatz sind oder gerade zuletzt mit ihrem Know-how in Pakistan und Chile wertvolle Hilfe leisteten.

Schließlich möchte ich noch auf ein echtes Pionierprojekt verweisen, das wir heuer in der Europaregion gestartet haben: Tirol, Südtirol und Trient haben gemeinsam mit drei Partnerprovinzen im Grenzraum von Uganda und Tansania ein groß angelegtes mehrjähriges Zusammenarbeitsprogramm erstellt, das mit zahlreichen aufeinander abgestimmten Einzelmaßnahmen vor allem das Ziel der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen als Basis für das Überleben und Wirtschaften in der Region verfolgt.

Noch ein gutes Stück Die Umsetzung der Mi

Die Bekämpfung von humanitären Missständen und Übeln im 21. Jahrhundert hat aufgrund der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit und Vernetztheit der Welt höchste Priorität. Die Schaffung einer sichereren und stabileren Welt verlangt nach einem globalen Handlungsbekennnis und nach koordinierter Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen der UN-Generalversammlung im Jahr 2000 in New York haben Staats- und Regierungschefs aus aller Welt diesen Auftrag angenommen und einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog entwickelt. Acht ambitionierte Ziele, die so genannten „Millennium Development Goals“, wurden formuliert:

- > Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
- > Gewährleistung von Primärschulbildung für alle
- > Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
- > Senkung der Kindersterblichkeit
- > Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
- > Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- > Sicherstellung ökologischer Nachhaltigkeit
- > Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

INTERNET:
www.un.org/millenniumgoals

Ein Europäischer Konsens für Entwicklungszusammenarbeit

Auch die EU hat sich zu diesen Maßnahmen bekannt und arbeitet an deren Umsetzung. Der Fokus liegt auf dem Kampf gegen die Armut. Zwischen 2000 und 2005 gelang es, rund 120.000 Millionen Menschen aus ihrer akuten Armutslage zu befreien. Grundlage für die europäische Entwicklungspolitik ist die 2005 unterzeichnete gemeinsame Erklärung „Der Europäische Konsens“. Im ersten

Teil werden die Ziele und Visionen der europäischen Entwicklungspolitik formuliert. Die Strategie fußt auf einer umfassenden Entwicklungszusammenarbeit, einem vertieften politischen Dialog, der Mitarbeit der Zivilgesellschaft und einem partnerschaftlichen Handeln. Schwerpunktbereiche des Tätigwerdens sind:

- > Förderung des Handels und der regionalen Integration
- > Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen
- > Wasser- und Energieversorgung und andere notwendige Infrastrukturen
- > ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit
- > menschliche Entwicklung, sozialer Zusammenhalt und Beschäftigung
- > Staatsführung, Demokratie, Menschenrechte und Unterstützung wirtschaftlicher und institutioneller Reformen
- > Konfliktverhütung und Prävention der Fragilisierung von Staaten

INTERNET:
www.europa.eu/pol/dev/index_de.htm
www.ec.europa.eu/development
www.eeas.europa.eu

Die praktische Umsetzung der Strategien und politischen Vorgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit durch konkrete Entwicklungshilfeprojekte betreut das Amt für Zusammenarbeit EuropeAid, eine Generaldirektion der Europäischen Kommission.

INTERNET:
www.ec.europa.eu/europeaid

ECHO leistet rasch humanitäre Hilfe

Staaten, die Entwicklungshilfe benötigen, sind oft gekennzeichnet von innenpolitischen Wirren und wirtschaftlicher Unterentwicklung, doch auch Naturkatastrophen und gewalttätige Konflikte können die Inanspruchnahme internationaler Hilfe notwendig machen. ECHO, das Europä-

TirolerInnen im EU-Katastropheneinsatz

Arbeit: Mileniumsziele



ische Amt für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz, ist weltweit tätig, um Menschen in Notsituationen schnell und unbürokratisch finanzielle, logistische und materielle Hilfe gezielt zur Verfügung zu stellen. Unter Beachtung der Grundsätze der Neutralität, der Unabhängigkeit und der Unparteilichkeit wurden im sog. Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe folgende Ziele für die kollektive Reaktion auf humanitäre Krisen festgelegt:

- > in Notsituationen Menschenleben zu retten und Bevölkerungsgruppen in Krisenregionen Hilfe zu leisten
- > unmittelbar nach Notsituationen kurzfristige Rehabilitations- und Wiederaufbauarbeiten einzuleiten
- > die Folgen von Bevölkerungsbewegungen durch Maß-

nahmen zur Rückführung und Erleichterung der Wiederansiedlung zu bewältigen

- > die Vorbereitung auf mögliche Gefahren zu gewährleisten
- > ein geeignetes Frühwarnsystem und Handlungsinstrumentarium einzuführen

INTERNET:

www.europa.eu/pol/hum/index_de.htm
www.ec.europa.eu/echo

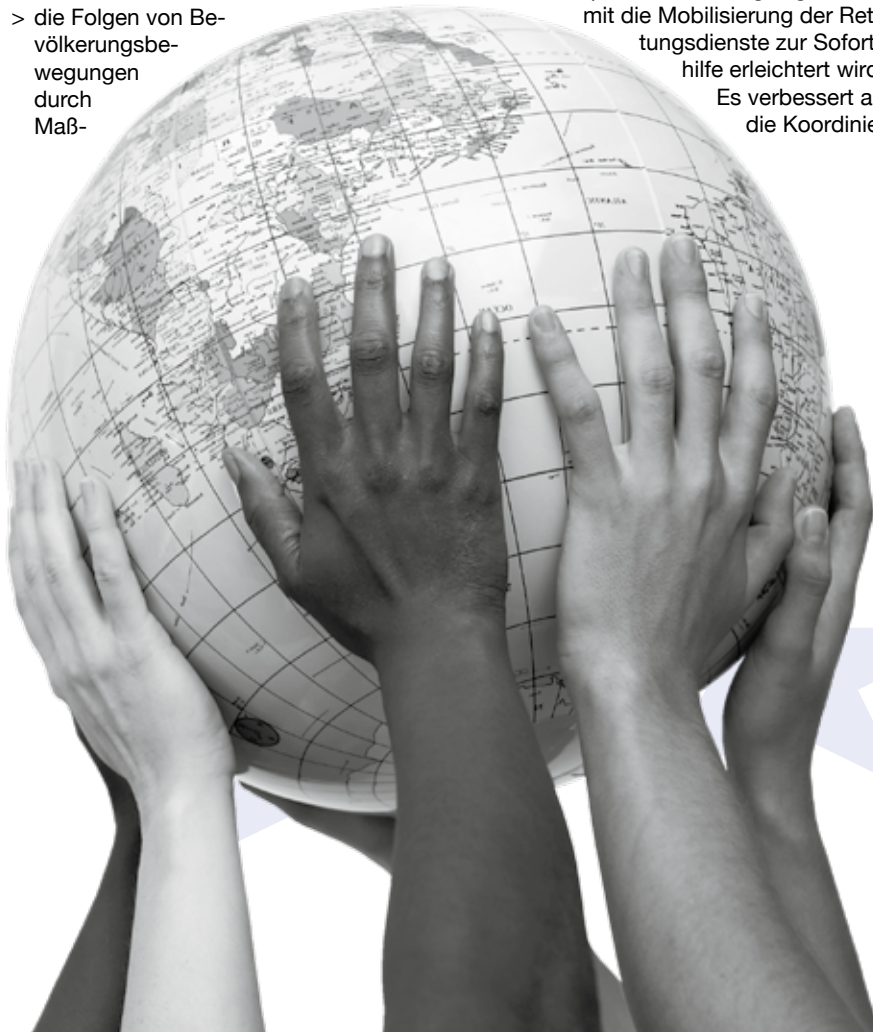
Beim MIC laufen alle Fäden zusammen. Europäisches Katastrophenschutz-Zentrum

Die EU hat ein spezielles Verfahren für den Katastrophenschutz festgelegt, womit die Mobilisierung der Rettungsdienste zur Soforthilfe erleichtert wird.

Es verbessert also die Koordinie-

rung der Katastrophenschutz-Einsätze. Ein eigenes Überwachungs- und Informationszentrum (MIC – Monitoring Information Center) ist rund um die Uhr im Einsatz. Es arbeitet eng mit den lokalen Behörden in den betroffenen Gebieten, den EU-Vertretungen, der UN-Koordinierungsstelle für humanitäre Angelegenheiten und der UN-Stelle für Erkundung und Koordinierung bei Katastrophen zusammen. Beim MIC können nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern alle Staaten weltweit um Hilfe bei Katastrophen ansuchen.

Angestrebt wird, dass künftig alle 27 EU-Staaten freiwillig jene Kapazitäten für den Katastrophenschutz nach Brüssel melden, die innerhalb kurzer Zeit beispielsweise in Erdbeben- oder Flutgebieten geschickt werden könnten. Diese Kräfte sollen dann beim EU-Notfallabwehrzentrum rasch und gezielt angefordert werden. ■





**Liebe
Leserinnen,
liebe Leser!**

Man hört es nicht gerne, besonders nicht in der Weihnachtszeit, wann kulinarische Genüsse Hochsaison haben: 20 Prozent, also jeder fünfte Mensch der Weltbevölkerung, das sind eine Milliarde Menschen, hungern. Jedes Jahr sterben fast neun Millionen Menschen an Hunger. Alle drei Sekunden verhungert auf unserer Erde ein Mensch. Die meisten Hungernden leben in Asien, in der Pazifikregion und in Afrika. Aber auch in Lateinamerika, dem Nahen Osten und einigen osteuropäischen Ländern ist Hunger noch ein Problem. Beim Welthunger handelt es sich weniger um durch Naturkatastrophen bedingte akute Hungersnöte als vielmehr durch Armut hervorgerufenen Hunger.

Beim kürzlich durchgeführten Millenniumsgipfel in New York gab es wenig Grund zur Freude. Vom Ziel, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent der Weltbevölkerung zu halbieren, ist man weit entfernt.

Ist unsere industrialisierte Wegwerfgesellschaft nicht fähig, einen Ausgleich zwischen unserem bereits krank machenden Überfluss und der bitteren Armut in den Ländern des Südens zu finden? Die Ursachen für diese Tragödie sind vielfältig: Sie liegen in unfairen Handelsregelungen, der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Land, in Naturkatastrophen und der Klimaerwärmung ebenso wie in fehlender Bildung und „bad governance“.

Ein Schritt zur Bekämpfung des Welthungers könnte die Reform der Welthandelsstrukturen sein, vor allem der Abbau milliardenschwerer Subventionen für Exporte in die Länder des Südens, die oft die Kleinlandwirtschaften vor Ort ruinieren. Weiters bräuchte es freien Zugang für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zu den Märkten der Industrieländer und eine Bildungs- und Aufklärungsoffensive, um das Bevölkerungswachstum einzudämmen.

Österreich, das zu den reichsten Staaten der Welt zählt, ist auch moralisch verpflichtet, den Notleidenden zu helfen. Im Rahmen der humanitären Hilfe leisten wir mit Geld und Know-how Hilfe bei Naturkatastrophen. In der Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren wir uns auf Landwirtschafts-, Gesundheits- und Bildungsprojekte. Gerade der Zugang zu Bildung kann auf lange Sicht das Elend der Menschen in den Ländern des Südens lindern und Perspektiven für die Zukunft eröffnen.

Durch bewusstes Konsumieren und nachhaltiges Wirtschaften können wir alle einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten. Mit unserem Verhalten können wir politische Entscheidungen beeinflussen und damit den Wert von Spenden weit über den momentanen Hilfseffekt absichern.

Ihr Fritz Staudigl

IMPRESSUM

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER: Land Tirol, Abteilung Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen; REDAKTIONSTEAM
DIESER NUMMER: Karin Greiderer, Andreas Greiter, Nina Corradini, Michaela Staudigl, Jasmin Schwarz; REDAKTIONSLEITUNG: Fritz Staudigl;
INTERNET: www.tirol.gva.it/europa; DRUCK: Landeskanzleidirektion;
ALLE: Landhaus, 6020 Innsbruck. LAYOUT und GRAFIK-DESIGN:
John Walton, 6020 Aldrans. DRUCKVORSTUFE: Werner Niederkircher, nuovoline.at. ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG:
Information über für Tirol wichtige Aspekte der Europäischen Union.

EU-Strategie für Afrika auf Basis der Partnerschaftlichkeit

Nicht nur unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten steht Afrika heute mehr denn je im Blickpunkt des Weltinteresses. Obwohl humanitäre Probleme weiterhin entschlossenes Eingreifen der internationalen Gemeinschaft erfordern, gibt es darüber hinaus viele andere Herausforderungen, wie die Bekämpfung des Terrorismus oder die Eindämmung von HIV/AIDS. Die wachsende Bedeutung Afrikas zeigt sich auch im zunehmenden Engagement und stärkeren Wettbewerb Chinas und anderer Länder um Einfluss und Ressourcen auf dem afrikanischen Kontinent – eine Entwicklung, die Europa aus geopolitischen Gründen unmittelbar betrifft.

Afrika steht auch für viele positive Trends. Signale für einen Umbruch sind eine neue politische Kultur mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) und der „Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas“ (NEPAD), die gestärkte Rolle der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (REC) und das Heranwachsen einer neuen hoffnungsvollen politischen Elite in vielen afrikanischen Staaten. Die Zahl gewaltvoller Konflikte ist in den letzten Jahren zurückgegangen, demokratisch gewählte Regierungen sind heute in der Überzahl. Sowohl die Exporte als auch ausländische Direktinvestitionen steigen deutlich.

Dies wirkt sich auch auf die Beziehungen zwischen Afrika und Europa aus. Lagen die Anfänge häufig in schmerzhaften kolonialen Verbindungen und postkolonialen Wirren, haben sie sich mittlerweile weit-

gehend zu einer gleichberechtigten Partnerschaft entwickelt. Das Gipfeltreffen im Jahr 2000 in Kairo bildete den Auftakt zu einem klarer strukturierten politischen Dialog zwischen der EU und Afrika. 2005 stellte die EU mit ihrer Afrika-Strategie die Beziehungen zu Afrika auf eine neue politische Grundlage. Das grundsätzliche Ziel besteht darin, Afrika bis zum Jahr 2015 auf den Weg der nachhaltigen Entwicklung zu bringen und den Kontingent dabei zu unterstützen, die UN-Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen.

Die auf dem 2. EU-Afrika-Gipfel 2007 in Lissabon verabschiedete strategische Partnerschaft auf Augenhöhe wurde durch einen Aktionsplan 2008-2010 ergänzt. Er erstreckt sich unter Aufgabe des traditionellen Geber-Empfänger-Schemas auf die Bereiche Frieden und Sicherheit, demokratische Staatsführung und Menschenrechte, Handel und regionale Integration, Entwicklung, Energieversorgung und Klimawandel, Migration, Mobilität und Beschäftigung sowie Wissenschaft und Informationsgesellschaft. Die erzielten Fortschritte wurden auf dem diesjährigen 3. Gipfeltreffen in Tripolis mit dem übergeordneten Thema „Wachstum, Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen“ präsentiert und ein 2. Aktionsplan 2011-2013 mit Schwerpunkten auf Maßnahmen mit regionaler, kontinentaler oder globaler Dimension beschlossen.

INTERNET:
www.eeas.europa.eu/africa





Grenzen überwinden

Innovative grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Tirol, Südtirol und Trentino auch in Ostafrika

Mag. Franz Hainzl

Im April 2007 beschloss der Dreierlandtag der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino, der Internationalen Global Marshall Plan Initiative beizutreten. Diese fordert eine Umstellung des Lebens- und Wirtschaftsstils hin zu mehr Nachhaltigkeit, besserem Klimaschutz und größerer Chancengleichheit.

Dieses Konzept hat eine starke globale Dimension. Die drei Länder der Europaregion haben deshalb vereinbart, nicht nur „daheim“ in vielen Bereichen zusammenzuarbeiten, sondern auch bei internationalen Projekten.

Am 15. Oktober 2009 beschlossen die Landesregierungen von Tirol, Südtirol und Trentino bei einer gemeinsamen Regierungssitzung in Innsbruck, in den beiden ostafrikanischen Staaten Uganda und Tansania ein grenzüberschreitendes Entwicklungsprogramm zu fördern, und zwar in Uganda in den Distrikten Masaka und Rakai, in Tansania im angrenzenden Distrikt Misenyi.

Nach intensiven Planungsgesprächen und der Sicherstellung der Finanzierung startete im September 2010 das gemeinsame Programm offiziell mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding im Beisein von Vertretern der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino und der drei afrikanischen Partnerländer. Das Land Tirol fördert in den kommenden drei Jahren speziell ein Programm

zur ländlichen Entwicklung im Distrikt Rakai im Süden Ugandas, genannt LISEFAP – Livelihood Improvement Through Sustainable and Environmental Friendly Agricultural Production mit rund 300.000 €.

Etwa 80% der Menschen leben in diesem Gebiet von der Landwirtschaft. Die Erträge sind jedoch gering, reichen meist nur knapp zum Überleben der Familien. Die Fördermaßnahmen betreffen deshalb vor allem die Armutsbekämpfung und Einkommenssteigerung. Dazu gehören: Verbesserung der Böden durch Schulung der Bäuerinnen und Bauern in organisch-biologischen Anbaumethoden, Ressourcen schonender Umgang mit Energie (Bau von Brennholz sparenden Herden), Errichtung von Regenwasserauffangbecken und Brunnen, Schulungen für schonenden Umgang mit den Wäldern, Wiederaufforstung, Verbesserung der Viehrassen mit mehr Ertrag, Errichtung von Lagermöglichkeiten, Veredelung und Vermarktung der Produkte zur Erzielung besserer Preise.

1.500 kleinbäuerliche Haushalte werden organisiert in 60 Gruppen zu je 25 Mitgliedern eingebunden sein.

Ziel der Maßnahmen ist die Sicherung der Lebensmöglichkeiten auf dem Lande und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Speziell für junge Menschen soll das Leben auf dem Lande

attraktiv bleiben. Dazu muss es ihnen Entfaltungs- und Einkommensmöglichkeiten bieten – in Ostafrika wie in Tirol.

Unterstützt wird das Land Tirol bei der operationellen Abwicklung des Programms von der Tiroler Stiftung BRUDER UND SCHWESTER IN NOT. Diese Einrichtung hat jahrzehntelange Erfahrung in der Begleitung und Betreuung von Hilfsprojekten in Afrika und Lateinamerika.

Vereine, Unternehmen, Schulen, Gemeinden und Kammern in Tirol sind eingeladen, sich mit ihren kreativen und finanziellen Möglichkeiten an diesem Programm zu beteiligen. Es geht dabei um ein gegenseitiges Geben und Empfangen, um einen Austausch von Ideen und Erfahrungen, um ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten für eine gerechtere Welt. ■

Fritz Staudigl, im Landhaus zuständig für die EZA, leitet die Steuerungsgruppe





Entwicklungshilfe – schon ein Thema bei den Römern?

Nein, natürlich nicht. Entwicklungshilfe - heute besser Entwicklungszusammenarbeit – als Ausdruck einer Verantwortung der Staaten füreinander entstand erst im Laufe des 20. Jahrhunderts. Für die Römer waren fremde Länder nur ein Objekt der Begierde, ein Gebiet, das erobert werden sollte, um zur Weltherrschaft zu gelangen. Die Besiegten wurden dabei oft versklavt oder zwangsweise in die Hilfstruppen des Heers eingegliedert. Die Eroberungen erfolgten dennoch unter gewisser Berücksichtigung der Eigenheiten der jeweiligen Völker. Die Römer waren aber gerade bei den Völkern des Nordens der Ansicht, dass sie den rohen Barbaren einiges zu bieten hätten.

Viele verschont das Schicksal nur, um sie zu strafen

So kommentiert Plinius der Ältere die Angst der nordischen Stämme vor einem Sieg der Römer, die sie zu Sklaven machen würden. Der römische Schriftsteller tat diesen Ausspruch ganz aus einem römisch-egozentrischen Blickwinkel im Zusammenhang mit der Beschreibung der Dürftigkeit der im Norden und am Rande der römischen Zivilisation hausenden barbarischen Volksstämme. Die Römer verachteten die Germanen als Wilde, fürchteten sie aber wegen ihrer Größe und Kampfbereitschaft. Manchmal bewunderten sie ihre Tapferkeit (siehe Abbildung einer römischen Marmorkopie vom bronzenen Siegesmonument des Attalos in Pergamon).

Das besiegte Griechenland hat seinen wilden Sieger seinerseits besiegt

und dem barbarischen Latium die Kultur gebracht, schrieb der römische Zeitkritiker Horaz. Offensichtlich war man

sich bewusst, dass man einen guten Teil der eigenen Kultur von Griechenland übernommen hatte. Daher erfolgte die Romanisierung im Osten, insbesondere der griechischen Gebiete, durchaus mit einem differenzierten Umgang. Wer in Rom Ansehen haben wollte, musste sich mit griechischer Kunst und Bildung umgeben. Das Griechische war zeitweise sogar die Sprache des Handels und der Diplomatie. Um den Kindern eine ordentliche Ausbildung zukommen zu lassen, wurden griechische Gebildete als Privatlehrer ins Land geholt. Oft waren diese Lehrer Sklaven oder Freigelassene, die grundsätzliche Hochachtung schützte also nicht vor der Versklavung.

Afrika – Kornkammer Roms

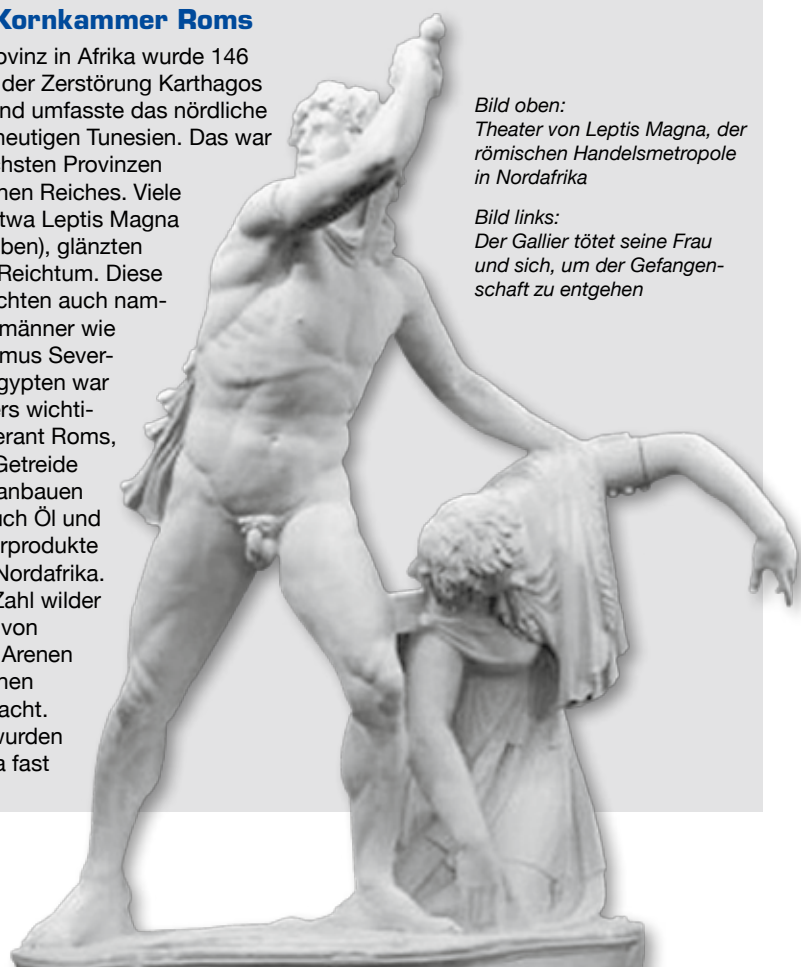
Die erste Provinz in Afrika wurde 146 v. Chr. nach der Zerstörung Karthagos gegründet und umfasste das nördliche Gebiet des heutigen Tunesien. Das war eine der reichsten Provinzen des Römischen Reiches. Viele Städte, so etwa Leptis Magna (siehe Bild oben), glänzten durch ihren Reichtum. Diese Gebiete brachten auch namhafte Staatsmänner wie Kaiser Septimus Severus hervor. Ägypten war ein besonders wichtiger Kornlieferant Roms, das dieses Getreide dort gezielt anbauen ließ. Aber auch Öl und andere Agrarprodukte kamen aus Nordafrika. Eine große Zahl wilder Tiere wurde von Afrika in die Arenen des Römischen Reichs gebracht. Insgesamt wurden in Nordafrika fast

200 Städte für die Kolonisten und Legionäre gegründet und damit auch die römische Kultur und Lebensweise dort hingebacht.

Geht man davon aus, dass das Ziel der Römer nie nur die Eroberung und Vernichtung von Völkern, sondern vielmehr deren sukzessive Romanisierung war – die durch die Schaffung römischer Baukunst, die Einrichtung römischer Verwaltungsstrukturen und durch die Ansiedelung von Römern bei gleichzeitiger Respektierung örtlicher Kulte erfolgte – so mag dies in manchen Gebieten aus dem römischen Blickwinkel wohl auch als Wohltat und Hilfe zur Entwicklung gesehen worden sein. ■

*Bild oben:
Theater von Leptis Magna, der
römischen Handelsmetropole
in Nordafrika*

*Bild links:
Der Gallier tötet seine Frau
und sich, um der Gefangenschaft
zu entgehen*





Wichtige Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit:

Medizinische Versorgung, Nahrungssicherheit und Bildung

Viele Projekte der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Tirol zielen darauf ab, die Ernährung oder die medizinische Grundversorgung der Menschen zu sichern und sie vor Naturgefahren zu bewahren. Der Ausbau von Krankenstationen, die Belieferung mit medizinischen Geräten, die Versorgung mit Generatoren zur Wasseraufbereitung oder der Bau von Wasserspeichern sind wichtige Projekte in Südamerika und Afrika. Zusammen mit AlpS installierte das Land Tirol in Yogyakarta ein Multi-Risiko-Disaster-Management-Zentrum.

Ein weiteres großes Anliegen ist die Förderung von Bildung und Ausbildung, um den Menschen eine solide Basis für die Zukunft zu geben. Für viele Kinder in den Ländern des Südens ist Schulbildung keine Selbstverständlichkeit, der Besitz von Heften und Bleistiften ein unvorstellbarer „Reichtum“, den sie sogar oft teilen müssen.

Daher unterstützt das Land Tirol Projekte des Vereins „Kindern eine Chance“, der sich besonders um die Betreuung und Ausbildung von Aidsaisen und aids-kranken Kindern in Uganda kümmert. Am Nationalfeiertag wurde der Gründer dieser beispielhaften Tiroler Initiative Stefan Pleger als „Österreicher des Jahres“ in der Kategorie „humanitäres Engagement“ ausgezeichnet. Engagierten SchülerInnen der HAK/HAS Hall haben wiederum eine Optometrie-Ausbildung für afrikanische Jugendliche in Tirol organisiert. Vier Jungbauern aus Burkina Faso können sich an den Landwirtschaftsschulen in Rotholz und Imst ausbilden lassen und dann in ihrem Land das hier erworbenen Wissen weitergeben.

Armut gibt es auch in Europa

In vielen Gebieten des Kosovo wird die Infrastruktur nur langsam aufgebaut. Das

Land Tirol hat in landwirtschaftliche Projekte investiert: So wurden die Viehzucht mit starken Tiroler Zuchtrindern aufgebaut, Stalleinrichtungen, Landmaschinen und Schneeräumgeräte geliefert. Heuer wurde auch ein Zentrum für Hauskrankenpflege und psychosoziale Familienbetreuung in Peja eröffnet.

Immer wieder erhalten wir Nachrichten und Fotos von engagierten HelferInnen, die uns zutiefst schockieren: Sie zeigen Menschen, die sehr krank und pflegebedürftig sind, aber in ärmlichen ungeheizten Räumen leben müssen und keine adäquate medizinische Behandlung erhalten. Die TirolerInnen haben Herz – das beweisen die vielen engagierten Privatinitiativen von Menschen, die ihre Freizeit dazu verwenden, vor Ort selbst unter schwierigsten Situationen Hilfe zu leisten, Hilfstransporte organisieren und über Spendenaktionen Gelder sammeln.

Global Marshall Plan. Tirol setzt starke Akzente

„Mit dem Tiroler Gemeindekatalog wird ein Meilenstein zur Umsetzung des Global Marshall Plans in Tirol gesetzt,“ bilanziert LH Günther Platter in seinen einleitenden Worten. Die Global Marshall Plan Initiative, zu der sich die Tiroler Landesregierung und der Tiroler Landtag mehrfach bekannt haben, setzt sich für ein verbessertes und verbindliches globales Rahmenwerk für die Weltwirtschaft und die zukunftsfähige Durchsetzung der Millennium Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ein. Sie zielt darauf ab, die wirtschaftlichen, sozialen und Umwelt-Interessen aufeinander

abzustimmen und nachhaltig umzusetzen: eine „Welt in Balance“ mit einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft, mit sozialer Sicherheit für alle Menschen, einer gerechten Verteilung der Ressourcen und der Erhaltung der natürlichen Umwelt für künftige Generationen. Nach dem Motto „global denken, lokal handeln“ gingen die verschiedenen Akteure daran, die im Tiroler Aktivitätenplan ausgearbeiteten Projekte umzusetzen.

INTERNET:
www.tirol.gov.at/nachhaltigkeit

Der Verein Südwind leistet seit vielen Jahren sowohl für Erwachsene als auch für Schulkinder wertvolle entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung. „Fair Trade“ oder „Clean Clothes“ sind für eine stark steigende Zahl von Menschen Synonyme für gerechte Entlohnung und Arbeitsbedingungen und für eine Ächtung der Kinderarbeit.

INTERNET:
www.suedwind-agentur.at/tirol

LR Switak und der Österreicher des Jahres Stefan Pleger



International Day for Disaster Risk Reduction

Jeden zweiten Mittwoch im Oktober rufen die Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag der Katastrophenvorsorge“ auf. Dieser Gedenktag soll zur Schaffung eines globalen Bewusstseins über Katastrophenvorsorge beitragen. Er soll verdeutlichen, wie wichtig Pläne und Frühwarnsysteme sind, und wie dadurch die oft verheerenden Folgen von Naturkatastrophen minimiert werden können. Naturkatastrophen, bedingt durch eine erhöhte Bevölkerungsdichte, wachsende Megastädte, Umwelterstörung und die Folgen des Klimawandels, haben in den letzten Jahren an Zahl und Ausmaß stark zugenommen. In den vergangenen dreißig Jahren haben sich die Naturkatastrophen verdreifacht, der entstandene Schaden hat sich versechsfacht. Allein in der ersten Jahreshälfte 2010 kam es zu über 160 Naturkatastrophen mit weltweit fast 230.000 Toten und weiteren 107 Millionen Opfern von Dürren, Waldbränden, Erdbeben oder Fluten. Die verursachten Kosten beliefen sich dabei auf mehr als 40 Mrd. Euro.

Je ärmer die Gesellschaften sind, desto anfälliger sind sie für extreme Naturereignisse. Menschen in Entwicklungsländern sind 79 Mal häufiger Opfer von Naturkatastrophen als in den OECD-Staaten. Arme Länder verfügen nicht über die Ressourcen, um sich vor extremen Naturereignissen zu schützen. Umgekehrt zerstören Naturereignisse Häuser, Infrastruktur und die Produktionsgrundlagen der Menschen und führen so zu noch größerer Armut.

Auch wenn es unmöglich ist, den meist plötzlich auftretenden Naturgefahren zu entgehen, so können durch Katastrophenvorsorge Leben gerettet und Schäden vermieden werden.

schon gelesen

Einführung in das EU-Recht

Dieses von den Tiroler EU-Experten Dr. Christian Ranacher und Dr. Fritz Staudigl verfasste Kurzlehrbuch bietet in seiner 2. Auflage eine Einführung



in die durch den Vertrag von Lissabon neu gestalteten Grundlagen der Europäischen Union. Neben einer Darstellung von Struktur, Institutionen und Rechtsprinzipien der EU wird ein inhaltlicher Schwerpunkt auf Aspekte des Europarechts gesetzt, die gleichermaßen für Juristen und für Nichtjuristen interessant sind. Neben der konzisen Darstellung der Struktur, des Rechts und der Entscheidungsprozesse der EU wird kompakt auf die Rechte der BürgerInnen in der EU und die Aktivitäten der EU im Rahmen der vielfältigen Politikfelder eingegangen. Auch die Bedeutung des Lobbyings und die zahlreichen EU-Förderungen werden praxisgerecht beschrieben.

UTB 2970, 2010; EUR 19,50

Tiroler Gemeindekatalog 2010–2011

In dieser Broschüre werden 25 vom Land Tirol unterstützte Veranstaltungen rund um das Thema „Lebensmittel – Mittel zum Leben“



angeboten. Die Vorträge, Workshops, Projekte und Lehrgänge sollen das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen dem Einkauf regionaler und fair gehandelter Lebensmittel, den Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern sowie der Klimaänderung stärken. Es wird aufgezeigt, wie Gemeinden, Vereine, Pfarren, Schulen, Unternehmen und jeder und jede Einzelne von uns auch mit kleinen Veränderungen zu einer gerechteren und zukunftsfähigen Welt beitragen kann.

www.tirol.gv.at/tap



*Das Redaktionsteam
wünscht ein frohes Weihnachtsfest
und ein gutes neues Jahr 2011*

Wo gibt es EUinfo?

Ein GRATIS-ABO von EUinfo sowie die vorgestellten Broschüren und Dokumente erhalten Sie unter der Adresse:

Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen, EUROPE DIRECT
A-6020 Innsbruck, Tel. 0512/508-2342, Fax 0512/508-2345,
E-Mail: eu.info@tirol.gv.at, Internet: www.tirol.gv.at/europa

Frühere Ausgaben der EUinfo finden Sie unter folgendem Link:
<http://www.tirol.gv.at/themen/tirol-und-europa/europa/neuigkeiten/>

